

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.
(Eigentum des Verbandes.)

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Direkter Preis: Geschäftsjahrgang 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsangehörigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Centralrathe der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Tumler).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsdirektor Rudolf Klein, N.O. Greifswalderstr. 221/22, einzuweisen sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement setzen der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exempl. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 42.

Berlin, 20. Oktober 1905

Siebentunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben. — Die Berichte der preussischen Gewerbeträge für 1904. — Ein neuer Geschäftstypus des Metallarbeiterverbandes. — Wochenchau. — Gewerksvereins-Zeitel. — Verbands-Zeitel. — Anzeigen-Zeitel.

Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben.

Wohl noch nie hat die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, die in den letzten Septembertagen in Mannheim abgehalten wurde und auf der auch der Verband der Deutschen Gewerksvereine durch den Redakteur Karl Goldschmidt und der Gewerksverein der Maschinenbauer durch seinen Vorsitzenden Wilhelm Gleichauf vertreten waren, eine so wichtige und aktuelle Tagesordnung zu erleben gehabt wie in diesem Jahre. Erweiterte auch vielleicht der erste Beratungsgegenstand, die finanzielle Behandlung der Wasserstraßen, bei den Sozialpolitikern nur ein geringes Interesse, so führten die beiden anderen Themata: „Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben“ und „das Verhältnis der Kartelle zum Staat“ mitten hinein in die Kernfragen der Sozialpolitik. Was aber der Erörterung dieser Fragen einen ganz besondern Reiz verlieh, das war der Umstand, daß mit dem ersten Referat der Münchener Nationalökonom Prof. Lujo Brentano, mit dem andern der Berliner Prof. Schmoller betraut und daß ihnen als Korreferenten Vertreter der Großindustrie zur Seite gestellt waren.

Der Vortrag des Prof. Brentano, mit dem wir uns heute hier beschäftigen wollen, war ein rhetorisches Meisterwerk. Ausgehend von dem Bergarbeiterstreik und den zahlreichen übrigen großen Arbeitskämpfen des letzten Jahres, wies der Redner auf den unfertigen Zustand des herrschenden Arbeitsvertragsrechtes hin, das den Arbeitern zwar gestattet, sich zu organisieren, den Organisationsverträgen aber nicht nur die Rechtsgültigkeit verweigert, sondern auch an und für sich mit solchen Fallstricken versehen ist, daß, wer davon Gebrauch macht, Gefahr läuft, bestraft zu werden. Diesen Zustand haben die Arbeitgeber der modernen Riesenbetriebe auszunützen verstanden, indem sie den Arbeitern die Zugehörigkeit zur Organisation verbieten, um dann einseitig als alleinige Herren im Betriebe die Arbeitsbedingungen diktiert zu können. Ihnen gilt es als revolutionär, an Stelle des individuellen Arbeitsvertrages den kollektiven setzen zu wollen. In diesem erblickten sie eine Auflehnung gegen das Autoritätsprinzip, außerdem aber auch eine Verletzung der „individuellen Freiheit“ des Arbeiters. Gerade der starke, der fleißige, der sähige Arbeiter werde, so sagen sie wenigstens, dadurch auf das Niveau des schwächsten und unfähigsten herabgedrückt und verhindert, mehr zu verdienen als dieser. Indessen eine derartige Beweisführung ist eine Täuschung. Die Arbeitsbedingungen, um deren Regelung es sich im kollektiven Arbeitsvertrage handelt, sind gar keine individuellen. „Handelt es sich um den Lohn, so ist dieser entweder Akkordlohn oder Zeitlohn. Die Akkordsätze pflegen für alle Arbeiter gleich zu sein, ob sie dem Arbeiter durch individuelle oder kollektive Arbeitsverträge auferlegt werden, und es giebt keine Bestimmung im kollektiven Arbeitsvertrag, welche den Arbeiter verhindert, dabei so viel, wie er leisten kann, zu verdienen; ganz im Gegenteil: durch den kollektiven Arbeitsvertrag wird verhindert, daß die Akkordsätze, wenn der Verdienst eine gewisse Höhe überschreitet, gekürzt werden. Handelt es sich um Zeit-

löhne, so sind es nicht Maximal-, sondern Minimallohne, die im kollektiven Arbeitsvertrage vereinbart werden und Niemand hindern, besonders leistungsfähige Arbeiter höher zu lohnen. Die Festsetzung einer Untergrenze der Löhne durch einen Kollektivvertrag heißt also nicht, daß alle den gleichen Lohn erhalten sollen, sondern nur, daß gleiche Bezahlung für gleiche Leistung erfolgt; sie bedeutet nichts als einen Schutz der anständigen Unternehmer gegen die Schmutzkonzurrenz anderer. Oder aber es handelt sich um prozentuale Lohnerhöhungen oder Lohnerabsetzungen, die gleichzeitig für alle Arbeiter einer Kategorie eintreten sollen.“

Uebrigens haben gerade auch verschiedene Vorgänge bei dem großen Bergarbeiterstreik deutlich gezeigt, daß wenn man im Namen der individuellen Freiheit des einzelnen Arbeiters, nach seinem besten Ermessen zu handeln, gegen den kollektiven Arbeitsvertrag protestiert, es nicht die Freiheit des Arbeiters ist, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Verhandeln mit widerstandsunfähigen, einzelnen Arbeitern deren Freiheit zu brechen.

Dem angeblichen Schutze der „individuellen Freiheit“ des Arbeiters gelten auch die ununterbrochenen Rufe nach Schutze der Arbeitswilligen, „jener eigenthümlichen Spezies von Arbeitern, die sich danach sehnen, zu schlechteren Arbeitsbedingungen als den von den organisierten Arbeitern verlangten zu arbeiten.“ Diese Arbeitswilligen, so heißt es in den von Brentano aufgestellten Leitfäden, pflegen entweder fremde Arbeiter zu sein, die meist ohne Kenntnis der Streitfrage während einer Arbeitsstreitigkeit erst herangezogen werden, um die eigenen Arbeiter zum Nachgeben zu nötigen, oder jene Minderheit von Arbeitern, die, durch Wohlfahrtsvereinigungen bestimmter Art gefesselt, außer Stand gesetzt sind, von den ihnen von der bestehenden Gesetzgebung eingeräumten Rechten Gebrauch zu machen. Die Wirkungen der Wohlfahrtsvereinigungen, die einer geradezu vernichtenden Kritik unterzogen werden, bestehen nach Prof. Brentano's Ansicht lediglich darin, „dem Arbeiter innerhalb wie außerhalb der Unternehmungen zu jedweder Unterwerfung unter den Willen des Arbeitgebers zu zwingen“. Jedwedes Recht, welches die Gesetzgebung des Reiches dem Arbeiter zum Schutze seiner individuellen Freiheit verliehen hat, werde durch sie völlig ausgeschaltet. „Die Wohlfahrtsvereinigungen erscheinen somit nicht als Mittel, das dem sozialen Frieden dient, sondern als Kampfmittel, das den sozialen Kampf mit Verursacht und in ihm die Uebermacht der einen der beiden Parteien verstärkt.“

Während auf der einen Seite durch Begründung solcher Wohlfahrtsvereinigungen versucht wurde, sich einen Stamm „seghafter“ Arbeiter zu verschaffen, machte sich andererseits eine erfreuliche Bewegung geltend, sich durch den Abschluß von Tarifverträgen gegen die Nachteile der Arbeitsverhältnisse zu schützen. Allein dabei stieß man bald auf den heftigsten Widerstand des Centralverbandes deutscher Industrieller. Schon vor 15 Jahren erklärte dessen Generalsekretär Bued auf der Frankfurter Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, daß die deutschen Unternehmer niemals sich bereit finden werden, mit Vertretern der Arbeiterorganisationen oder anderen, außerhalb stehenden Leuten zu verhandeln auf dem Fuße der Gleichberechtigung. Diesem Grundsätze getreu ist der Centralverband an die Schaffung von Arbeitgeberverbänden gegangen, welche Unterhandlungen mit Vertretern der Arbeiter oder ihrer Organisationen prinzipiell ausschließen. Es entstand die Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-

die Kollegen dazu aufzufordern; der Schriftführer wird damit beauftragt. Zwecks Aufklärung über unseren Verband sollen an diejenigen Ortsvereine in unserem Bezirk, die sich noch nicht angeschlossen haben, Statuten mit einem Aufforderungsschreiben zugesandt werden. Nach einigen geschäftlichen Angelegenheiten folgt Schluß der Sitzung um 7 1/2 Uhr Abends.

Die nächste Sitzung findet am 19. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr bei Engelst. statt.

R. Piepfer, Schriftführer.

* Protokoll der ersten Vorstandssitzung des Ausbreitungsverbandes für Anhalt und Sachsen, abgehalten im „Apotheksaal“ am 4. Oktober 1905. Der I. Vorsitzende Kollege Dr. Ziemann eröffnet dieselbe um 8 Uhr 55 Min. Abends. Anwesend sind Kleit, Rudert, Triebel, Kauer, Pella, Behler und Koch als Gäste. Kollege Ziemann verliest zunächst eine Resolution, betreffend die Aussperrung der in Berliner Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen und empfiehlt für die Betreffenden eine Sammlung zu veranstalten. Derselbe findet einstimmige Annahme und soll im „Gewerkverein“ veröffentlicht werden. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „Der Vorstand des Ausbreitungsverbandes der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) für Herzogthum Anhalt und Provinz Sachsen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem brutalen Gewaltakt der Unternehmer der Berliner Elektrizitätsindustrie gegenüber den im gesamten Industriebezirke beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen und verurtheilt auf das Entschiedenste die Handlungsweise der Unternehmer, welche, um den Herrenstandpunkt zu wahren, 33 000 Arbeiter und Arbeiterinnen und deren Familien gewissenslos der Noth preisgaben. Der Vorstand spricht den ausgesperrten und streikenden Arbeitssoldaten und Kolleginnen seine vollste Sympathie aus und fordert alle dem Ausbreitungsverbände angeschlossenen Vereine auf, unverzüglich Sammlungen für die Aussperrten zu veranstalten und die gesammelten Gelder auf dem schnellsten Wege dem Verbandskassierer, Kollegen R. Klein, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23, zu übergeben.“ Es wird ferner beschlossen, vierzehntägige Vorstandssitzungen abzuhalten, und zwar Mittwochs, Lokal: Sudbin, Kolthofstr. 10. Kollege Ziemann macht den Vorschlag, einen Aufruf an sämtliche Gewerksvereinsblätter, sowie an die einzelnen Vereine unseres Bezirks zu lassen. Kleit ist ebenfalls der Ansicht, Bellsa macht den Vorschlag, eine allgemeine Statistik aufzunehmen über sämtliche Organisationen. Behler empfiehlt eine Bezirks-eintheilung der Ortsvereine, um einen gewissen Druck auf die Allgemeinheit auszuüben und stellt zugleich die Forderung, einen Ortsverein der Bergarbeiter zu gründen. Der Kollege wird mit den Vorarbeiten dazu betraut. Der Vorsitzende und Schriftführer werden beauftragt, nochmals ein Flugblatt auszuarbeiten und wie oben erwähnt zu versehen. Der Kassierer wird beauftragt, an die Ortsvereine des Bezirks zu schreiben, um eine genaue Aufnahme der zahlenden Mitglieder herbeizuführen. Ortsverbandssollage Blume wird veranlagt, den Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter Budau zu besuchen und über den Ausbreitungsverband zu referieren.

R. Rudert, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen. — **Zängerkhor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).** Jeden Donnerstag, Abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 14. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr Sitzungsfest bei Pöggow, Prenslauer Allee. 16. Ab. 8 1/2 bis 10 Uhr Zahlabend im Verbandsbureau. — **Eis- (Lehr-) Arbeiter.** Ab. 8 1/2 Uhr, Landsbergerstr. 6. L.-D.: Generalratsprotokoll Besprechung über Beiträge zum Centralarbeitsnachweis. Besprechung der Satzungen für die Lokalfasse. Verschiedenes. — **Sonntag, 15. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Vorm. 9 Uhr bei Gohlke, Beußelstr. 22. — **Montag, 16. Oktober. Frauen und Mädchen IV.** Best. bei Wöhling, Einemünderstr. 86. L.-D. das. — **Donnerstag, 19. Oktober. Branereiarbeiter VII.** Ab. 8 Uhr, Großbeerenstr. 63, Ecke Yorckstr. L.-D.: Protokolle. Aussperrung in der Elektro-Industrie. Referent: Kollege Rudert. Vereins- und Betriebsangelegenheiten. Verschiedenes. **Halle a. S. Graph. Verufe und Raler.** Sonnabend, 21. Oktober, Ab. 8 1/2 Uhr, Monatsvtr. im Passage-Restaurant.

Orts- und Bezirksverbände.

Stettin (Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, Ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung b. Glawe, Stettin, Bredowstr. 71. (Gäste stets willkommen.) — **Krefeld (Ortsverband).** Sonnabend, 14. Oktober, Ab. 8 1/2 Uhr, öffentl. Textilarbeiter-Versammlung bei Kühler, Westwall 100. Referent: Eibel-Spremburg. — **Beed und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 15. Oktober, Nachm. 4 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung bei Wirth Joller in Bruchhausen, Wollstraße, ferner am Sonntag, 22. Oktober, Nachm. 3 Uhr, gemeinschaftliche Sitzung der Ortsverbände Dinslage und Beed bei Wirth Schrauen in Saar, Kaiserstraße. — **Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, 15. Oktober, Nachm. 4 Uhr, Ortsverbände-Versammlung in Lünen, Osthof zum Deutschen Kaufh., Wirth Hausmeyer. L.-D.: Vortrag d. Kollegen Westermann. — **Giefels-Harmen (Ortsverband).** Mittwoch, 18. Oktober, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst Gölzer, Eibelstr. 13, Landwehrbrücke, große öffentliche Textilarbeiter-Versammlung. Referent: Kollege Eibel-Spremburg.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Hamm (Ortsverband). Paul Hoff, Vorsitzender, Hamm, Uhlendstr. 611. Arbeitsnachweis bei Theodor Sauerhoff, Hamm, Grünstr. 57. **Nürnberg (Ortsverein Textilarbeiter).** Fr. Schaß, Schriftführer, Nürnberg, Ludwig Feuerbachstr. 50 II. **Krefeld (Ortsverband).** Josef Rohr, Kassierer, Uerdingen (Ahelet), Vorbergstr. 115 I. **Rowaves-Menendorf.** Kollege Heyer, Vorsitzender.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Vereinigte Ortsvereine der Maschinenbau- u. Metallarbeiter Berlins und Umgegend.

Allgemeine Mitgliederversammlung.

Dienstag, den 17. Oktober 1905, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Verbandsbureau, Greifswalderstraße 221/23.

Tagesordnung:

Die gegenwärtige Aussperrung und die Erhöhung der Lokalbeiträge; Referent: Kollege Jordan.

Kollegen! Beweist durch zahlreiches Erscheinen, daß Ihr durchdrungen seid vom Solidaritätsgefühl und gewillt seid, jedes Opfer zu bringen, um den streikenden und ausgesperrten Arbeitern in dem ihnen vom Unternehmertum angehängten Kampfe zum Siege zu verhelfen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.
J. A. Karl Kladel.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsgenossen!

Allen nach Berlin kommenden **Verbandsgenossen** empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logiräume zur gefälligen Benützung bei mäßigen Preisen. Meldung bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Büchner, Quercystraße.

Das Bureau des Centralrats.

Technikum Hildburghausen
Höhere Maschinenbau- und Elektrotechnikerschule,
Baugewerk- und Tiefbauerschule.
— Programm frei. —

Verbandsbureau
der
Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O.,
Greifswalderstraße 221/23.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und . . . an jedem Sonntag . . . Prachtige Festäle, große Restauration mit vorzüglichster Küche, schöner Sommergarten, vier Kegelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Sommerachtsbällen, Sommerfesten, Familien-Kaffeeochsen u. s. w. allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlich ein
Carl Berndt, Dekonon.

N.B. Die Festäle stehen auch an Sonnabenden und Sonntagen den vereinsgenossen zur Verfügung. Die Vereinsbibliothek ist ebenfalls zu geistl. Verfügung.

Schwarzwaldbau I. Schl. (Ortsverband) Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Verpflegung und Herberge gratis bei Fr. Wagner, Schwarzwaldbau Nr. 52.

Hannover (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Herbergelohn bei Carl Gebel, Gerhardtstraße 11 V.

Neuzelt a. Oder (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pf. bei A. Reimers, Friedrichstr. 36.

Die Arbeiterberufvereine
und die
Parteilpolitik.
Der Leitartikel aus Nr. 5 des „Gewerkvereins“ ist als Broschüre erschienen, die auf Wunsch in jeder Anzahl für die Agitation gratis zur Verfügung steht.
Das Verbandsbureau,
Berlin N.O.,
Greifswalderstr. 221/23.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1904
auf seinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mk. NB. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O.,
Greifswalderstr. 221/23.
Geldsendungen
nur an Verbandskassierer
H. Klein
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Dr. E. E. Die Berichte der preussischen Gewerberäthe für 1904.

IV.

Die Organisation der Arbeiter-Ausstände. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter.

Die Organisationen der Arbeiter werden in den preussischen Berichten meist nur sehr kurz erwähnt. So weiß z. B. der Geheimere Regierungs- und Gewerberath Trilling-Köln darüber nur Folgendes zu berichten: „Die Organisationen der Arbeiter waren eifrigt bestrebt, die gute Beschäftigung der Betriebe für ihre Zwecke auszunutzen“. In den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter heißt es aus Erfurt, „sich neuerdings die gemäßigten Elemente immer mehr Beachtung zu finden. Die Stimmung, welche die Berufsinteressen höher stellt als die politischen, macht anscheinend Fortschritte“. Der Aufsichtsbeamte von Wiesbaden hat die Beobachtung gemacht, daß die Arbeiterorganisationen während des Berichtsjahres eine lebhaftere Tätigkeit entfalten und theilweise eine erhebliche Zunahme in der Zahl ihrer Mitglieder zu verzeichnen haben. Eine gleiche Wahrnehmung hat Regierungs- und Gewerberath Oppermann-Arnsherg gemacht. Er fügt aber noch hinzu: „Die gegenseitigen Beziehungen dieser Organisationen sind häufig sehr gespannt; im Baugewerbe ist es mehrfach vorgekommen, daß Mitglieder des einen Verbandes vom Arbeitgeber die Entlassung von Mitgliedern eines anderen Verbandes forderten und theilweise unter Androhung der Arbeitsniederlegung ihre Forderung erlangten“. Dem Aufsichtsbeamten von dem Bezirke Münster sind sonderbarer Weise die freien Gewerkschaften und die Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine ganz unbekannt geblieben, denn er hält es für wichtig, nur den „Christlichen Textilarbeiterverband“ zu erwähnen, mit der eigenthümlichen Begründung, „daß wie bei der überwiegend großen Anzahl der textilindustriellen Arbeiter nicht anders (?) zu erwarten war, derselbe unter den Arbeiterorganisationen am meisten in die Erscheinung trat“. — Endlich liegen aus zwei Aufsichtsbezirken — Breslau und Hannover — die erfreulichen Thatsachen vor, daß die Bestrebungen der organisirten Arbeiter, sich durch Abschließung von Tarifverträgen feste wie gleichmäßige Arbeits- und Lohnverhältnisse innerhalb der zu ihrem Gewerbe gehörigen Werkstätten zu schaffen, weitere Fortschritte gemacht haben.

Die bekannte richterliche Entscheidung über die Schadenersatzpflicht von Unternehmern bei unternommener Erwerbsbeschränkung des Arbeiters durch Berufserklärung, fand auch im Bericht des Regierungs- und Gewerberaths Hartmann-Berlin einen Platz. Ein Gekuppker wurde wegen Agitation für seine Organisation entlassen und zugleich auf Antrag des bisherigen Arbeitgebers von der Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustriellen dauernd von der Arbeit bei den Mitgliedern dieser Vereinigung ausgeschlossen. Da er hierdurch gezwungen war, sich einem anderen Erwerbszweig zuzuwenden, in welchem er nur einen geringeren Arbeitsverdienst erreichte, so verklagte er den bisherigen Arbeitgeber auf Schadenersatz mit der Begründung, daß in der Berufserklärung ein Verstoß gegen die guten Sitten (§ 826 des Bürgerl. Gesetzbuches) läge. Das Landgericht und ebenso das Kammergericht wies die Klage ab, das Reichsgericht erkannte aber den Klageanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt und wies die Sache an das Landgericht zurück, welches nunmehr die beklagte Firma rechtskräftig zu einem Schadenersatz von — 1326 Mk. verurtheilte.

Was nun die Berichterstattung über die Ausstände betrifft, so werden von den Gewerberäthen in Preußen nur die Fälle verzeichnet, von denen sie Kenntniß erhalten. Immerhin enthalten diese Berichte über die Streiks des Jahres 1904 interessantes und werthvolles Material, aus dem nur Einiges hier herausgegriffen werden kann.

„Die Zahl der Ausstände ist mit der regeren gewerblichen Thätigkeit nicht unerheblich gestiegen“, bemerkt der Aufsichtsbeamte aus Potsdam und fährt fort: Von den 92 bekannt gewordenen Arbeitsentstellungen, die sich auf 246 Betriebe und 5627 Arbeiter erstreckt haben, entfallen 35 mit 108 Betrieben und 2294 Arbeitern auf das Baugewerbe. Von den Ausständen hatten 65 ihren Grund in Lohnstreitigkeiten, während in 16 Fällen durch den Ausstand die Entlassung mitleidiger Vorgesetzter oder nicht der Organisation angehöriger Mitarbeiter durchgesetzt werden sollte. Einen vollen Erfolg hatten die Arbeiter in etwa 30 Prozent, einen theilweisen in 25 Prozent der Fälle. Der Regierungs- und Gewerberath Hartmann-Berlin entrollt ein ausführliches Bild der durch die gute Geschäftslage und reiche Arbeitsgelegenheit begünstigten, sehr heftig gewordenen Streikbewegung. An diesen Ausständen waren 2715 Betriebe mit 28 280 Arbeitern theilhaftig, von welchen 12 190 am Streik theilnahmen. Die Veranlassung bildeten in 2574 Betrieben hauptsächlich Lohnstreitigkeiten, in 25 Entlassung von Arbeitern, in 25 die Arbeitsdauer, Forderungen hygienischer Betriebsseinrichtungen, der Abschaffung der Akkordarbeit und Heimarbeit, die Entlassung nicht organisirter Arbeiter u. s. w. . . . In 167 Fällen wurden die Forderungen der Arbeiter nicht durchgesetzt und in 2250 Betrieben (Wägereien) ist das Ergebnis zweifelhaft geblieben. Der Frieden wurde durch unmittelbaren Vergleich in 79 Anlagen und durch Vermittelung der Berufsorganisationen — in 2390 Betrieben

wiederhergestellt. Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts oder der Schlichtungskommission von Arbeitgebern und Arbeitern wurden endlich 140 Streitigkeiten zum Austrag gebracht.

Bei dem Streik der Metallarbeiter, bei dem 6000 Arbeiter theilhaftig waren, handelte es sich um folgende Forderungen: 9 stündige Arbeitszeit, 25 pCt. Lohnzuschlag für Ueberstunden, die nur bei Mangel an Arbeitskräften eintreten sollen, 50 Pfg. Mindestlohn für die Stunde mit 10 Pfg. Zuschlag bei Arbeiten außer dem Hause, Vermeidung von Arbeiterentlassungen, so lange keine kürzere als sechsstündige Arbeitszeit aller Arbeit nöthig wird, hinreichende Beschäftigungsmöglichkeiten, Geltung der Vereinbarungen bis 1. September 1905, Ausschluß von Maßregelungen. Ueber den Ausgang dieses mit Erbitterung geführten Streiks konnte der Berichterstatter noch nichts mittheilen. Es ist aber bekannt, daß die Arbeiter unterlagen.

Bei dem Streik der Holzarbeiter, der zwei Monate währte und bei dem ca. 5000 Arbeiter theilhaftig waren, handelte es sich hauptsächlich um die sog. „Lohnsicherung“. Diese bezweckt die Festsetzung neuer Akkordsätze nach den bei Herstellung neuer Muster im Tagelohn erzielten Verdiensten, welche jedoch nicht geringer sein dürfen, als der durchschnittliche Akkordverdienst des betreffenden Arbeiters während der letzten 6 Monate. Der Streik endete am 14. Januar 1905 durch Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht mit Unterzeichnung eines auf 2 Jahre geschlossenen Vertrags. Dieser enthielt als wichtigste Ergebnisse: Die Einsetzung einer Schlichtungskommission, die Einführung der „Lohnsicherung“ bei solchen neuen Arbeiten, die sich mit den bereits akkordirten nicht vergleichen lassen. Im Uebrigen setzt der Vertrag noch eine wöchentliche Arbeitszeit von 52 Stunden und das Verhältnis der Abschlagszahlungen zum durchschnittlichen Akkordverdienste fest.

Der Maurerstreik in Anklam (Pommern) dauerte rund 23 Wochen. Der Ausfall an Löhnen betrug etwa 16 600 Mk. Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden festgesetzt, und der Lohn (bisher 32 Pfg.) bis zum 1. April 1905 auf 36 Pfg. und von da bis 1. April 1907 auf 38 Pfg. festgesetzt.

Von den Ausständen des Breslauer Aufsichtsbezirks hatten mehrere auch die Stärkung der Organisation und des Organisationsbewußtseins im Auge. Dies bezweckten unter Anderen die Ausstände in den Baubetrieben, welche in der Hauptsache darin ihre Ursache hatten, daß die dem Maurer- bzw. Bauarbeiterverband angehörigen Maurer und Bauarbeiter (Kalk, Ziegelträger) mit anderen, nicht organisirten Arbeitern nicht zusammen arbeiten wollten, und, als diese Forderung von den Arbeitgebern nicht sogleich erfüllt wurde, die Arbeit einstellten. (1) Den Bauunternehmern blieb nichts weiter übrig, als den Forderungen der Streikenden nachzugeben, da die Arbeitsniederlegung in die beste Bauzeit des Jahres fiel.

Endlich sei noch der großen Aussperrung der Bauarbeiter gedacht, die sich fast über den ganzen Theil des Rhein- und Rheingebietes erstreckte, dessen wirtschaftlicher Mittelpunkt Frankfurt a. M. ist. Die bei den früheren Lohnkämpfen gemachten Erfahrungen hatten die im mitteldeutschen Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen Unternehmer veranlaßt, sich zum Widerstand gegen etwaige Forderungen der Arbeiter vorzubereiten. Sie hatten beschlossen, bei Ausständen, auch wenn diese sich auf einzelne Orte oder einzelne Zweige des Baugewerbes beschränkten, die sämtlichen Bauarbeiter des ganzen Verbandsgebietes auszusperrern, um dadurch die Geldmittel der Arbeiterorganisationen zu erschöpfen. Als nun beim Beginn des Sommers an einigen Orten des Verbandsgebietes Ausstände ausbrachen oder in Aussicht standen, wurden am 25. Juni den Centralvorständen der Maurer und Zimmerer von dem Verbands- und Arbeitgeber die Bedingungen, unter denen sie in den nächsten 3 Jahren arbeiten lassen wollten, vorgelegt, und deren Annahme bis zum 2. Juli gefordert, mit der Drohung, daß sie im Falle der Ablehnung ihre Betriebe am 18. Juli schließen würden. Da dieselben abgelehnt wurden, kam es daher an dem angegebenen Tage zur Aussperrung, die sich im Allgemeinen nur auf die organisirten, in Frankfurt a. M. aber auf alle Bauarbeiter erstreckte. Nach längeren Verhandlungen kam am 16. August durch beiderseitiges Entgegenkommen ein neuer Tarifvertrag zu Stande, der bis zum 31. März 1908 gilt und nicht vor dem 31. Januar 1908 kündigt werden kann.

So wäre unsere Betrachtung von selbst zur Beleuchtung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter weitergeführt, wenn die Berichte hierüber wirklich nicht verbreiten und über diese sozialpolitisch so wichtige Materie Auskunft geben würden. Das ist aber leider nicht der Fall. So schweigen sich die Berichte von Ostpreußen, Westpreußen, Potsdam, Frankfurt a. O., Pommern, Bosen, Bromberg, Magdeburg, Merseburg, Hildesheim, Minden, Düsseldorf und Sigmaringen hierüber ganz aus. Die übrigen Berichterstatter von Berlin, Pommern, Oppeln, Erfurt, Münster, Kassel, Koblenz, Köln und Trier wendern den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter nur wenige Zeilen. Und was wissen diese zu vermelden?

„Dieöhne haben eine Aenderung nicht erfahren“, lautet meist die lakonische Antwort. Von einer merklichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbedürftigen, allerdings unter dem Einfluß „der zum Theil unter großen Opfern geführten Lohnkämpfe, die im Allgemeinen zu Gunsten (?) der Arbeiter ausgefallen sind“, weiß der Berliner Aufsichtsbeamte zu berichten.

verbände und von der Zeit dieser Gründung datieren jene gewaltigen Aussperrungen, die unserem gesammten Wirtschaftsleben so schwere Wunden geschlagen haben. „Da waren Tausende und Tausende von Arbeitswilligen. Wenn in der Fürsorge für „die individuelle Freiheit des einzelnen Arbeiters, nach seinem besten Ermessen zu handeln“, auch nur eine Funke Wahrheit steckte, warum hat man sie nicht in Ruhe gelassen?“ Weil die Arbeiter von den ihnen gesetzlich zustehenden Rechten Gebrauch gemacht haben, sind sie ausgesperrt, auf das Pflaster geworfen worden, bis sie auf ihre Organisationen verzichteten. Ein solches Vorgehen kann allein die Wirkung haben, die Arbeiter zu Lügnern und Heuchlern zu machen und die deutsche Arbeiterbevölkerung der Pest geheimer Organisationen zu überantworten.

Gegenüber diesen Bestrebungen erscheint die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine als unzureichend. Um den erwünschten sozialen Frieden zu sichern, hält Prof. Brentano die Erfüllung von acht Forderungen für unbedingt notwendig. Erstens soll die Ausnahmegesetzgebung des § 153 der Gewerbe-Ordnung durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches über körperlichen Zwang und Drohung ersetzt werden. Diese Forderung, ebenso wie die anderen, ist auch von uns stets vertreten worden. Denn weshalb sollen diejenigen, welche von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, theils wegen Handlungen, die sonst straffrei sind, mit Strafe bedroht, theils wegen Vergehen, die gelegentlich der Wahrnehmung rechtlich anerkannter Interessen begangen werden, härter als andere bestraft werden?

In zweiter Linie verlangt Prof. Brentano gesetzlichen Schutz des Sich-Koalitions, nicht nur das Sich-nicht-Koalitions. Denn, so fragt er, was nützt alle gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine, wenn die Arbeitgeber diejenigen verfolgen, welche von ihrem Organisationsrecht Gebrauch machen? Deshalb sei ein Strafverbot nötig gegen Unternehmen, deren Angestellte oder Verbandsangestellte, welche durch Drohung, z. B. mit Arbeitsentlassung, auf die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit von Arbeitern zu Organisationen einwirken. Weiter werden zwingende Vorschriften gewünscht, um zu verhindern, daß mißbräuchlicherweise durch Wohlfahrts-Einrichtungen alle dem Arbeiter von der Reichsgesetzgebung verliehenen Rechte ausgeschaltet werden.

Unter Punkt 4 wird die Statuierung eines Zwanges für Arbeitgeber und Arbeiter gefordert, mit Vertretern der Organisationen der Gegenpartei über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Zweifellos wären dann Kämpfe wie im Ruhrgebiet oder in der bayerischen Metallindustrie unmöglich gewesen, wenigstens wären sie, wenn ihr Ausbruch nicht verhindert werden konnte, nicht so heftig und von so langer Dauer gewesen. Die Verwirklichung dieses Brentanoschen Gedankens hat man leider bei der letzten Gewerbegeheimnovelle veräußert. Ein Verhandlungszwang wäre in der That durchaus wünschenswerth. Um diesem Verhandlungszwang die Bahn zu ebnen, verlangt deshalb Brentano weiter eine Bestimmung, daß Staatsaufträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitsstreitigkeiten in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen und die keinerlei Verbindung angehören, welche das Verhandeln mit Arbeitervertretern verweigert. Außerdem aber soll zu dem gleichen Zweck für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Wahrung des Fortbestandes der bestehenden Berufsvereine, sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt.

Die Idee des Koalitionszwanges, die hier zum Ausdruck kommt, ist nicht neu. Es ist zweifelhaft, ob die Berufsvereine, wenn ein erheblicher Theil ihrer Mitglieder aus Zwang und nicht freiwillig sich angeschlossen hat, weiterhin so gedeihen und segensreich wirken können, wie es bisher geschehen ist. Auch eine gewisse obrigkeitliche Bevormundung der Organisationen würde zweifellos mit dem Koalitionszwang verbunden sein. So schön also auch der Gedanke ist, es lassen sich immerhin gewichtige Bedenken dagegen geltend machen. Freilich, wenn man die Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit weiter Kreise der Arbeiterschaft gegenüber der Organisation beobachtet, und wie schwer es häufig fällt, die Indifferenten zum Zusammenschluß mit ihren Berufsgenossen zu bewegen, möchte man fast von den Bedenken absehen und auch diesem Vorschlage des Münchener Gelehrten zustimmen.

Die beiden letzten Punkte des Programms Prof. Brentano's enthalten gewissermaßen nur die Ausführungsbestimmungen seiner Forderungen. Es heißt da: Die frei gewählten Vertreter beider Parteien, als welche auch Personen, die weder als Arbeitgeber

noch als Arbeiter dem Gewerbe angehören, gewählt werden können, haben unter Vorbehalt eines Unparteiischen alle Streitfragen über abzuschließende Verträge zu regeln. Als Unparteiischer hat, wo eine Wahl des letzteren durch die Parteien selbst nicht zu Stande kommt, der Vorsitzende des Gewerbegerichts des Bezirkes zu fungiren. Was im kollektiven Arbeitsvertrage vereinbart wird, muß für alle an dem Gewerbe Theilhabenden die gleiche rechtliche Gültigkeit haben wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrages.

Die Erfüllung dieser Forderungen bedeutet in der That die volle Anerkennung der Arbeiterorganisation, aber auch der Rechtsgültigkeit der Tarifvereinbarungen. Rämten die Anschauungen Brentano's auch in Regierungskreisen zur Geltung, gelänge es, sie zur Verwirklichung zu bringen, dann käme man dem sozialen Frieden jedenfalls erheblich näher. Leider sind die Aussichten nicht allzu günstig, denn der Einfluß des Scharfmachertums ist nicht gering, ebenso sein Widerstand, der sich schon in der außerordentlich ergebnislosen Diskussion geltend machte, die sich dem mit fürmlichem, anhaltendem Beifall aufgenommenen Vortrage Professor Brentano's angeschlossen. Doch darüber in einem zweiten Artikel! —

Der Vollständigkeit halber lassen wir die Zeitsätze Brentano's hier im Wortlaut folgen. Unser Artikel hat dieselben keineswegs erschöpfend behandelt, es wird darüber noch mehr zu sagen sein.

Zeitsätze, betr. das Arbeitsverhältniß in den Niesenbetrieben:

1. Das heutige Arbeitsverhältniß beruht auf einem Vertrage zwischen gleichberechtigten, freien Personen. Doch kennt das Recht nur erst den individuellen, noch nicht den kollektiven Arbeitsvertrag. Dieser unfertige Zustand des Rechts ist die Hauptursache der heutigen Arbeitslosigkeit.

2. Das Arbeitsverhältniß in den Niesenbetrieben beruht auf einseitiger Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber. Von diesem Standpunkt aus erscheint schon das bestehende Recht als revolutionär, noch revolutionärer das Streben, das Grundprinzip des heutigen Arbeitsvertragsrechts durch Einführung des kollektiven Arbeitsvertrags zur Wahrheit zu machen.

3. Theils aus technischen, theils aus ökonomischen Gründen sind die Arbeitsbedingungen, um deren Festsetzung es sich im kollektiven Arbeitsvertrage handelt, weder individuelle, noch können sie individuelle sein. Bei Ablehnung des kollektiven Arbeitsvertrags ist es daher nicht die Freiheit des Arbeiters, nach seinem besten Ermessen zu handeln, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Verhandeln mit einzelnen Arbeitern deren Gesammtheit seinen Willen aufzuzwingen.

4. Nicht anders verhält es sich mit dem Schutz der sogenannten Arbeitswilligen. Diese pflegen entweder fremde Arbeiter zu sein, die meist ohne Kenntniß der Streitfrage während einer Arbeitslosigkeit: erst herangezogen werden, um die eigenen Arbeiter zum Nachgeben zu nöthigen, oder jene Minderheit von Arbeitern, die durch Wohlfahrts-Einrichtungen bestimmter Art gefesselt, außer Stand gesetzt sind, von den ihnen von der bestehenden Gesetzgebung eingeräumten Rechten Gebrauch zu machen.

5. Die Abneigung der Vertreter der Niesenbetriebe gegen den kollektiven Arbeitsvertrag hat ferner zur Organisation der hauptsächlich deutscher Arbeitgeberverbände durch den Centralverband deutscher Industrieller geführt. Seitdem ein energisches Auftreten der Arbeitgeberverbände gegen Tarifverträge und zahlreiche Aussperrungen wirklich Arbeitswilliger, weil diese von ihrem Organisationsrecht Gebrauch gemacht haben.

6. Gegenüber solchen Bestrebungen erscheint die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine als unzureichend, um den erwünschten sozialen Frieden zu sichern. Als notwendig erscheint außerdem:

1. Ersetzung der Ausnahmegesetzgebung des § 153 der Gewerbe-Ordnung durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs über körperlichen Zwang und Drohung.

2. Gesetzlicher Schutz des Sich-Koalitions, nicht nur des Sich-nicht-Koalitions.

3. Der Erlaß von kassulischen, zwingenden Vorschriften, durch welche der Mißbrauch der Wohlfahrts-Einrichtungen als Nachmittel ausgeschlossen wird.

4. Die Statuierung eines Zwanges für Arbeitgeber und Arbeiter mit Vertretern der Organisationen der Gegenpartei über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

5. Zur Durchführung des Verhandlungszwanges die Bestimmung, daß Staatsaufträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitsstreitigkeiten in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen und die keinerlei Verbindung angehören, welche das Verhandeln mit Arbeitervertretern verweigert.

6. Zu dem gleichen Zweck muß für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Wahrung des Fortbestandes der bestehenden Berufsvereine sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt.

7. Die frei gewählten Vertreter beider Parteien, als welche auch Personen, die weder als Arbeitgeber, noch als Arbeiter dem Gewerbe angehören, gewählt werden können, haben unter Vorbehalt eines Unparteiischen alle Streitfragen über abzuschließende Arbeitsverträge zu regeln. Als Unparteiischer hat, wo eine Wahl des letzteren durch die Parteien selbst nicht zu Stande kommt, der Vorsitzende des Gewerbegerichts des Bezirkes zu fungiren.

8. Was im kollektiven Arbeitsvertrage vereinbart wird, muß für alle an dem betreffenden Gewerbe Theilhabenden die gleiche rechtliche Gültigkeit haben, wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrags.

Sein Kollege aus Riegnitz hat in einer Reihe von Betrieben Lohn-
erhöhungen von 5 bis 10 pCt., in einzelnen bis zu 20 pCt., in Er-
fahrung bringen können. Nur der Regierungs- und Gewerberat
Dyppermann-Arnberg macht allein eine löbliche Ausnahme; er
zeigt in einer Statistik, wie sich das durchschnittliche Jahres-
einkommen der Arbeiter in der Gußeisen- und Stahl-
industrie in den letzten Jahren gestaltet hat und verzeichnet die
durchschnittlichen Schichtlöhne in einem Dortmunder
Eisen- und Stahlwerke.

Hoffen und wünschen wir, daß sich auch seine übrigen Kollegen
in Preußen im kommenden Jahre eingehender mit dem wichtigen und
interessanten Probleme der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter be-
schäftigen und daß sie ausführlicher in ihren Berichten das Er-
gebnis ihrer gewonnenen Erfahrungen niederlegen! An der ge-
bührenden Anerkennung unsererseits soll es nicht fehlen.

Ein neuer Geschäftstrik des Metallarbeiterverbandes.

Eine sehr interessante Beleuchtung der Stellung des Metall-
arbeiterverbandes gegenüber den anderen Arbeiterorgani-
sationen erfolgte in der letzten in Bremerhaven tagenden Genera-
lversammlung des Werftarbeiterverbandes, welcher ebenfalls der
Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen ist. Dieser Ver-
band, dessen völliger Bankrott seit langer Zeit kein Geheimnis mehr
war, beschloß seine Auflösung, und er ist, nach den Erklärungen des
Vorstandes, ein Opfer der Alleinherrschastbestrebungen des
Metallarbeiterverbandes geworden.

Das einleitende Referat von Dellerich zeigte deutlich, daß der
Metallarbeiterverband selbst vor der brutalen Vergewaltigung
einer ebenfalls als „zielbewußt“ und „modern“ geltenden
Organisation nicht zurückschreckt, um seinen Herrschgelisten zu
frönen. Nach dem Referat war die Tätigkeit des Werftarbeiter-
verbandes eine erfolgreiche, namentlich zur Herbeiführung einer Ver-
längerung der Arbeitszeit auf den Werften. Die zu diesem Zwecke
eingeleiteten Bewegungen verliefen günstig und zeitigten nach kurzem
Kampfe vollen Erfolg. Andererseits aber wurde der Verband
durch andere Gewerkschaften in Kämpfe verwickelt, die von
vorneherein aussichtslos waren, und auch höchst unglücklich
verliefen. In erster Linie ist hierher zu rechnen der Hensburger Streik.
Die Verhältnisse waren so ungünstig für einen Kampf, daß jeder
einsichtige Mensch den Arbeitern eine sichere Niederlage
voraussetzen konnte. Die in Frage kommenden Organisationsleiter
wollten auch den Streik vermeiden. Nur die Vertreter des Metall-
arbeiterverbandes, die zwar bezüglich der Aussicht auf den Erfolg den
Standpunkt der übrigen Gewerkschaftsleiter theilten, handelten bei
der Inscenirung insolidarisch.

Der Ausgang dieser Bewegung ist den Arbeitern noch in frischer
Erinnerung; derartig leichtfertig inscenirte Streiks, bei denen die
Arbeiter mit ihren Familien die Opferkammer bilden, geben den
Schärfmachern neues Wasser auf ihre Mühlen. Bezüglich der Forde-
rungen sagt dann der Bericht Folgendes:

„Andererseits waren die von den Arbeitern, namentlich unter Anweisung
des Bezirksleiters vom Metallarbeiterverband, Gottshufen-Hamburg, ausge-
arbeiteten und ohne Vorwissen der übrigen Verbandsvorstände ein-
gereichten Forderungen derartige, daß ein so planlos begonnener
und so unvollkommener Streik, wie der in Rede stehende, die Werft niemals
veranlassen konnte, die Forderungen zu bewilligen. Man forderte beispiels-
weise außer Lohn erhöhungen bei Akkordarbeiten die
Sicherung eines Akkordüberschusses von 30 pCt. u. s. w. Dabei konnte die
Werftleitung nachweisen, daß in Folge der herrschenden Akkordmufferei
die Werftarbeiter in Hensburg Jahresverdienste erzielen, wie auf
keiner anderen deutschen Werft.“

Der unglückliche Ausgang dieser Bewegung genügt den „Arbeiter-
vertretern“ noch nicht; zur Erfüllung des beabsichtigten Zweckes,
der nicht auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter ge-
richtet war, sondern eine andere Organisation an die
Wand drücken sollte, mußten neue Bewegungen „inscenirt“
und neue Kämpfe heraufbeschworen werden. Die diesbezüglichen Aus-
führungen des Referenten werfen so interessante Streiflichter auf das
Verantwortlichkeitsgefühl der Führer des Metallarbeiterverbandes,
daß wir dieselben nach dem Bericht des „Vorwärts“ wörtlich
folgen lassen:

„Zu derselben Zeit gingen auch die im Metallarbeiterverband organisirten
Kesselschmiede der Schiffswerften in Bremerhaven mit Lohnforderungen
vor, obgleich ursprünglich von den maßgebenden Personen unter den be-
theiligten Verbänden vereinbart worden war, daß bis zur Beendigung des
Hensburger Kampfes weitere Kämpfe, insbesondere in Bremerhaven
vermieden werden sollten. Die Forderungen der Kesselschmiede
waren nicht übertrieben. Auch die Werftleitungen machten Zugestän-
dnisse, so daß es sich nur um ein ganz winziges Kampfbjekt
handelte. Trotzdem trieben die verantwortlichen Leiter der
Kesselschmiede die Dinge bis zur Aussperrung sämtlicher
Arbeiter der großen Werften in den Unterwerften, in Bremen
und in Begefac. Wegen ca. 100 Kesselschmieden, die die Werften
durch Streik zwingen wollten, ihre Zugeständnisse noch um einige
Penny zu erhöhen, mußten 8—10 000 Arbeiter auf
Straßenpflaster fliegen. Und dabei wußten die Metallarbeiter
ganz genau, daß der Kampf zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen mußte;
wenn nicht aus anderen Gründen, so doch, weil der stark beteiligte Werft-
arbeiterverband in Folge der vielen bereits überstandenen Kämpfe nicht mehr
finanzkräftig genug war, um eine wochen- oder monate-

lange Nachtprobe an der etwa ein Drittel der gesamten Mitglieder
beteiligt waren, aushalten zu können. Diese Dinge waren den
Metallarbeitern bekannt. Und es handelte sich für die
verantwortlichen Leiter der Bewegung auch weniger um
einen Erfolg gegenüber dem Unternehmertum, vielmehr sollte
durch den Kampf nur der Werftarbeiterverband aktions-
unfähig gemacht werden. Das hat der Bezirksleiter Gott-
shufen (Metallarbeiter) gegenüber dem Bezirksleiter des Holz-
arbeiterverbandes, Genossen Köcke, auch unabweisend genug er-
klärt. Und der Geschäftsführer der Metallarbeiter in
Bremerhaven hat zu einem hier im Saale anwesenden glaub-
würdigen Kollegen ohne Scheu gesagt: „Wenn Euch
Hensburg nicht das Genick umdreht, geben wir Euch in
Bremerhaven noch etwas zu knaden, dann wirds wohl
kommen!“ Auch bei der Beendigung des Hensburger Streiks hat man
seitens der Metallarbeiter noch mit den perfidesten Mitteln
gearbeitet, um den unglücklichen Kampf zu verlängern, so daß schließ-
lich die übrigen Verbände gezwungen waren, die Unter-
stützung den Streikenden zu entziehen. Vollends schief
war das Benehmen der Leiter des Metallarbeiter-
verbandes, die die Aussperrung an der Unterwerfer durch Aufhebung
des Kesselschmiedestreiks aus der Welt schaffen mußten. Diese ver-
breiteten geflüstert, der Kampf würde zweifellos mit
einem Siege enden haben, wenn er nicht lediglich wegen Vertrieben des
bankrotten Werftarbeiterverbandes hätte abgebrochen werden müssen. Der
Geschäftsführer der Bremerhavener Metallarbeiter
versuchte dann noch, die Ortsverwaltungen und anderer Gewerks-
chaften scharf zu machen zur Einreichung von Forderungen auf den
Werften, nur um das begonnene Werk der Vernichtung vollständig
zu machen.“

Weiter als es in diesem Falle die Führer des Metallarbeiter-
verbandes gethan haben, kann wohl der Ferraß der Arbeiter-
interessen nicht getrieben werden. Man kümmert sich nicht um die
Noth von Tausenden von Arbeiterfamilien; die Allein-
herrschast einer Organisation muß auf Kosten der gesamten
deutschen Arbeiterschaft und der Industrie erzielt werden zum
Schaden aller gerechtfertigten Bestrebungen zur Hebung der wirt-
schaftlichen Lage der minderbemittelten Bevölkerungsklassen. Durch
ein derartiges frivoles Vorgehen bringt man die gesamte
Arbeiterbewegung in Mißkredit, entzieht man den Kämpfen der
Arbeiterschaft jede Sympathie. Von diesem Gesichtspunkte aus, lassen
sich auch die vielen Mißerfolge der Streiks in der letzten Zeit
erklären.

Nachdem nun der Metallarbeiterverband den Werftarbeiterverband
niedergetrampelt und kaputt gemacht hat, weigert er sich, ihn wie er
geht und steht in sich aufzunehmen. Bei korporativem Uebertritt
sollen die Mitglieder schlechter gestellt werden, als bei Einzel-
übertritt. Werst Du was, lieber Leser? Man will gewisse Mit-
glieder, vielleicht die älteren, von der Aufnahme ausschließen.

Dem Bericht des „Vorwärts“ zufolge sprachen alle Delegirten
ausnahmslos im Sinne des Referenten. Die Form der
Industrieverbände wird hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit für die
Werftarbeiter vielfach angezweifelt. Aus praktischen Gründen befr-
worteten einige Redner, daß einsichtige Mitglieder in den Metall-
arbeiterverband eintreten sollten; doch befürchtet man, daß die Mit-
glieder sich allzusehr vom Gefühl leiten lassen werden. Dem Vor-
schlage des Vorstandes wurde zugestimmt. Der Vertreter der
Generalkommission der Gewerkschaften redete dem korporativen
Uebertritt in den Metallarbeiterverband das Wort; jedenfalls fürchtete
dieselbe, daß denkfähige Mitglieder neben dem Gefühl auch den
Verstand walten lassen würden und dann der „modernen“ Arbeiter-
organisation den Rücken kehren. Schließlich wurde noch am Schluß
des 1. Sitzungstages ein Antrag angenommen, auf telegraphischem
Wege nochmals mit dem Metallarbeiterverband zu verhandeln. So
bitten sie: Gnädiger Metallarbeiterverband, du hast uns um Hab
und Gut gebracht und ganz kaputt gemacht, jetzt gib uns doch ein
wenig Obdach, damit wir nicht ganz zu Grunde gehen!

Aber alles Bitten war umsonst! Trozdem man telephonirt,
telegraphirt und die Sitzung am anderen Tage bis Nachmittags
vertagt hatte, würdigte der Metallarbeiterverband die Wartenden
noch nicht mal einer Antwort. Die Mitglieder sollen einzeln um
ihre Aufnahme bitten. Zudem hatten wohl auch die offeneren
Entschlüsse über die Kulissenarbeit in Stuttgart etwas verschmupft!

Wohl oder übel mußte nun die Generalversammlung weiter ver-
handeln in der Hoffnung auf guten Wind aus Stuttgart. Zwei
Resolutionen wurden eingebracht. Beide beantragen die Auflösung
des Verbandes, den Uebertritt der Holzarbeiter in den Holzarbeiter-
Verband. Nur bezüglich der Metallarbeiter weichen sie von einander
ab. Während die erstere nochmalige Verhandlungen mit dem
Metallarbeiterverband unter Hinzuziehung eines Vertreters der
Generalkommission empfiehlt, um so den korporativen Uebertritt zu
ermöglichen, empfiehlt bezw. beantragt die zweite Resolution den An-
schluß an den Schmiede-Verband. In der Begründung des ersten
Antragstellers ist folgende, für die Taktik des Metallarbeiterverbandes
bezeichnende Satz enthalten: „Ueberdies würde auch der Metall-
arbeiterverband seine Taktik fortsetzen und über kurz oder
lang auch den Verband, dem wir uns anschließen würden,
erlebensunfähig machen.“ Diesen Satz ausprechen und dann noch
nicht den Muth besitzen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, läßt all-
zuviel Einsicht nicht voraussetzen. Der zweite Antragsteller bringt

auch dann ungewelbteig sein Mißtrauen gegen den Metallarbeiterverband zum Ausdruck. „Derjelbe hat sich“, so wurde ausgeführt, „das ganze Vertrauen verſchert, die wenigſten Mitglieder werden in dieſen eintreten“. In der ſtattfindenden Debatte iſt man betrefſ des Uebertritts getheilte Meinung, jedoch beurtheilt man einſtimmig das Verhalten des Metallarbeiterverbandes. Man iſt der Meinung, daß dieſer bis auf den letzten Augenblick ein unehrliches Spiel treibt. Deſſen ungeachtet beſchloß die Generalverſammlung dennoch mit 16 gegen 12 Stimmen im Sinne des erſten Antragſtellers. Falls der Metallarbeiterverband auch jetzt noch die Unterhandlungen ſcheitern läßt, gilt die zweite Reſolution für angenommen.

Dieſe Verhandlungen geſtatten einen tiefen Einblick in die Verhältniſſe und die Handlungsweiſe der ſogenannten modernen Arbeiterverbände, und werden unbedingt unſerer Gewerkevereinsorganisation als Lehre dienen und eine Richtſchnur geben müſſen für die Zukunft. Umſomehr, da die Herrſchergeleiſte auch in andere Gewerkekreiſe übergreifen, will der Holzarbeiter-Verband ſofort eine Agitation aufnehmen für eine „Vereinigung der in verſchiedenen Verbänden organiſirten Holzarbeiter“. Man hat alſo überall die Abſicht, eine Diktatur zu ſchaffen, um jede Kritik von vornherein auszuschalten und dann um ſo bequemer „inſerieren“, „bremsen“ und „abwürgen“ zu können, ohne Rückſicht nehmen zu müſſen auf das wahre Intereſſe der Arbeiter und ihrer Familien.

Einfichtige Arbeiter können in ſolchen Organisationen nicht ein Mittel zur Verbeſſerung ihrer wiſthchaftlichen Exiſtenz erblicken; ſie müſſen nach ſolchen Vorgängen unbedingt die Nothwendigkeit einer Stärkung der neutralen Gewerkevereinsbewegung anerkennen und dafür wirken. Unſere Mitglieder haben deſhalb in dieſer für die Arbeiter ſo ſchweren Zeit die dringende Pflicht zu erfüllen, die indifferenten Kollegen für unſere Organisation zu gewinnen und Aufklärung zu ſchaffen über unſer Wollen und Können. Gewerkevereiner aller Gauen, ſeid auf der Hut, agitiert und wahrz Euer heiligſtes Gut, die Koalitionsfreiheit!

Wochenschau.

Berlin, 17. Oktober 1905.

Der Kampf in der Berliner Elektro-Industrie iſt beendet. Am geſtrigen Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die ſtreikenden Lagerarbeiter und Schraubendreher die Wiederaufnahme der Arbeit beſchloſſen hatten. Dieſer Beſchluß erfolgte auf Grund des Ausgleichs, der zwiſchen den Vorſitzern der Arbeiterausſchüſſe und den Vertretern der beteiligten Firmen getroffen worden war.

1. Die männlichen Schraubendreher des Bernerwerkes erhalten die in dem Protokoll des Arbeiterrathes vom 16. September niedergelegten erhöhten Akkordſätze. 2. Die Lagerarbeiter des Kabelwerkes Oberſpree und der Automobilfabrik erhalten vom Tage des Wiedereintrittes an gleichfalls die vor Ausbruch des Streiks bewilligten Lohnſätze. 3. Die drei Firmen beginnen am 16. Oktober 1905 Morgens mit der Wiedereröffnung ihrer Betriebe und der Annahme von Arbeitern. 4. Die bisher beſchäftigt geweſenen Arbeiter werden nach Maßgabe der Betriebsverhältniſſe wieder angenommen, ſo daß Einſtellung fremder Arbeiter künftigher erſt erfolgt, nachdem die bisher beſchäftigten wieder untergebracht ſind. Arbeitsüberlegung und Arbeitsverweigerung ſollen der Wiederaufnahme nicht entgegenſtehen. Beſtätigung der während des Ausſtandes in Arbeit verbliebenen oder neu eingetretenen Arbeiter iſt unzuläſſig und gilt als Entlaſſungsgrund. 5. Die erſchienenen Vertreter der Arbeiterausſchüſſe der Firmen erklärten, daß die Arbeiter unter den vorbezeichneten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen.

Der Vorwärts nennt dieſen Frieden nur einen Waffenſtillſtand. „Knieſchend lehrten die Arbeiter an die Stätte ihrer Wirksamkeit zurück, denn ſie empfanden die geringen Zuſtändniſſe des Unternehmertums eher als einen Lohn, denn als ein Entgegenkommen“. Mit ſolcher Schwaderei iſt den Arbeitern in dieſem Augenblicke wenig gedient, weil dadurch nur die Unternehmer provoziert werden zu neuen Maßnahmen gegen die Arbeiter. Wenn der Frieden wieder hergeſtellt wird auf der Baſis eines zwiſchen beiden Theilen vereinbarten Ausgleichs, dann hat kein Theil das Recht, ſofort wieder neuen Bündniſſen anzulegen. Für die Aufnahme des Kampfes und ſeine wenig glückliche Durchführung hat in erſter Reihe der Metallarbeiterverband die Verantwortung zu tragen. Dieſe Organisation hat nun einmal eine unglückliche Hand, was ſie auch anfängt, mißlingt ihr.

Vorkläufig ſoll nur erſt ein Drittel von den im Ganzen 45 000 Ausgeſperrten wieder in Arbeit genommen ſein, ſodaß noch 30 000 wenigſtens für die nächſten Tage außer Arbeit bleiben. Bis Alle wieder untergebracht ſein werden, wird noch eine geraume Zeit ver-

gehen, ſodaß auch unſere Gewerkevereine nach wie vor noch erhebliche Unterſtützungsmitel aufzuwenden haben. Das biſher geſammelte Geld reicht dazu bei Weitem noch nicht aus. Wir bitten daher recht dringend, um ſchleunige Einſendung des geſammelten Betrages an unſern Verbandskaſſierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greiſswalderſtraße 221/23.

Auf den Kampf ſelbſt kommen wir in nächſter Nummer ausführlich zurück.

In Hannover-Binden dauert der Kampf noch fort. Die Unternehmer haben es abgelehnt, mit dem Metallarbeiterverbande zu verhandeln. Dagegen wurden Verhandlungen angeknüpft mit dem Arbeiterauſchuß, der von der Firma auf letzten Sonnabend zu einer Sitzung eingeladen war, in welcher der Vorſitzende des Gewerkegerichts, Dr. Tegtmeyer, als unparteiſcher Vorſitzender fungieren ſollte. Bedauerlicher Weiſe ſind wir bis zum Schluß der Redaktion ohne Nachricht geblieben, ob die Sitzung ſtattgefunden und welchen Erfolg ſie gehabt hat.

Reichskanzler Fürſt Bülow hat ſich endlich entſchließen können, zur unerträglich gewordenen Fleiſchſteuerung ein Wort zu reden. Was er aber vom Stapel gelassen hat, iſt eher alles andere als eine Beruhigung der Volksmaſſen. Der Deutſche Städtetag bat den Reichskanzler telegraphiſch, eine Anordnung, beſtehend aus den erſten Bürgermeiſtern von Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Karlsruhe, München, Straßburg und Stuttgart zu empfangen, um ſich geſamtlich über die Abhilfe der Fleiſchſteuerung auszuſprechen. Daraufhin war der Fürſt ſo gnädig an den Ober-Bürgermeiſter von Berlin ein Schreiben zu richten, worin u. A. zu leſen ſieht:

Die Anordnung oder Aufhebung von Maßnahmen zur Abwehr und Unterdrückung von Viehſeuchen liegt geſetzmäßig den Landesregierungen ob. Als Reichskanzler habe ich nur die Berechtigung und Verpflichtung, die Ausführung der erlaſſenen Abwehranordnung zu überwachen, nöthigenfalls die Regierungen der beteiligten Bundesſtaaten zur Anordnung und einheitlichen Durchführung der erforderlichen Maßregeln zu veranlaſſen. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß ebenſo wie Preußen auch die anderen Bundesſtaaten pflichtgemäß geprüft haben werden, auf welche Gründe die vorhandene Fleiſchſteuerung zurückzuführen iſt, und welche Maßnahmen etwa hiergegen zu ergreifen ſind.

Was inſofern die Erweiterung der Einfuhr lebender Schweine anlangt, ſo ſichern die jetzt gültigen Vertragsabmachungen mit Rußland dieſem das Recht, ein beſtimmtes Kontingent lebender Schweine nach Oberſchleſien einzuführen. Durch die neuen Handelsverträge, die erſt im nächſten Jahre in Kraft treten ſollen, iſt das Kontingent erweitert und ein neues Kontingent für Deſterreich-Ungarn zugetheilt worden. Anträge auf vorzeitiges Inkraftſetzen dieſer erweiterten Kontingente ſind biſher von keiner Landesregierung bei mir oder dem Bundesrath geſtellt worden.

Ich glaube deſhalb anheimgeben zu müſſen, Vorſchläge zur Abwendung der in den einzelnen Landestheilen vorhandenen Fleiſchſteuerung an die Regierungen der einzelnen Staaten zu richten. Für Preußen kann ich als Miniſterpräſident nur verſichern, daß — außer den Ermittlungen, welche der Herr Landwirthſchaftsminiſter ſeinen Entſcheidungen in allen Städten der Frage zu Grunde gelegt hat — ſorgfältigſte Erhebungen über das Vorhandenſein und die Gründe einer Fleiſchſteuerung eingeleitet und ihrem Abſchluffe nahe ſind. Deren Ergebnisse werden für die weiteren Entſchlüſſe der preußiſchen Staatsregierung maßgebend ſein.

Unter dieſen Umſtänden glaube ich den Vertretern des Vorſtandes des deutſchen Städtetages anheimſtellen zu ſollen, ob der Wuſch auf eine mündliche Verhandlung in der Sache aufrecht erhalten wird.

Als die Fleiſchnoth im Anfangsſtadium war und ungeahnte Korporationen an den Reichskanzler petitionirten, antwortete jener, daß er in dieſer Angelegenheit „unzuſtändig“ ſei. An den Landwirthſchaftsminiſter ſollte man ſich wenden. Jetzt wendet Fürſt Bülow ein, daß die Anordnung oder Aufhebung von Maßnahmen zur Abwehr und Unterdrückung von Viehſeuchen geſetzmäßig den einzelnen Landesregierungen obliegt. Wenn dem ſo iſt, ſo mag Fürſt Bülow in ſeiner Eigenſchaft als preußiſcher Miniſterpräſident an die Perſon des Reichskanzlers im Namen Preußens doch den Antrag auf erhöhte Vieheinfuhr ſtellen. Es ſind Erhebungen im Gange, wird weiter gefagt, und da dieſelben ihrem Abſchluffe nahe ſind (?), läßt ſich an der Sache augenblicklich nichts ändern.

Fürſt Bülow hat damit wieder bewieſen, daß es ihm an Ausreden niemals mangelt und das zweifache Leitmotiv: „Im Intereſſe der Landwirthſchaft, wie der Geſamtheit“, nur im erſten Theile Beachtung findet. Die Quittung für dieſes beklagenswerthe Verhalten iſt in voriger Woche in Oberſchleſien bei der Nachwahl zum Reichstage gegeben worden.

rd. Berechtigte Weigerung des Unfallverletzten gegen ſeine Einweiſung in eine Heilanstalt. (Nachdruck verboten.) Nicht immer geht bekanntlich ein Unfallverletzter ſeines Anſpruchs auf Rente ohne Weiteres aus dem Grunde verluſtig, weil er ſich weigert, den von der Berufsgenoffenſchaft für zweckmäßig erachteten Anordnungen zu entſprechen. So iſt beipielsweiſe ſchon in früheren Fällen dem Verletzten Recht gegeben worden, als er ſich, dem an ihn gerichteten Verſuchen entgegen, weigerte, ſich in einer Heilanstalt aufnehmen zu

lassen, weil die Einrichtungen derselben, wie der Kranke ganz richtig behauptet hatte, unzulänglich waren, oder weil das Vorhandensein hilflosbedürftiger Kinder sein längeres Fernbleiben von Hause als unthunlich erscheinen ließ. — Ähnlich lag der Fall in einer jüngst der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes unterstellten Sache. Ein Arbeiter hatte einen komplizierten Splinterbruch der rechten Knie- scheibe erlitten. Er war schon fast drei Monate in einer Universitäts- klinik behandelt worden, als er von der Berufsgenossenschaft die Auf- forderung erhielt, sich in ein bestimmtes medico-mechanisches Institut zu begeben, da „nach ärztlichem Gutachten“ zur Beseitigung der Un- fallsfolgen die Behandlung in der Heilanstalt dringend erforderlich sei. Dieses ärztliche Gutachten war von Universitätsprofessoren er- stattet worden, was man jedoch dem Kranken mitzutheilen unter- lassen hatte. Er war also der Meinung, daß es sich hier um die Ansicht eines Arztes von nicht unbedingter Autorität handle; er holte daher den Rath von zwei anderen Ärzten, darunter denjenigen eines Kreisarztes, ein, und diese erklärten, daß sie sich von der medico- mechanischen Behandlung keinen Erfolg versprächen. In Folge dessen weigerte sich der Patient, der Aufforderung der Berufsgenossenschaft zu entsprechen, und nun wurde ihm die Rente entzogen. Diese Maß- nahme hat indessen das Reichsversicherungsamt nicht gebilligt. Der Arbeiter konnte, da es ihm nicht mitgetheilt war, nicht wissen, daß das „ärztliche Gutachten“ von hohen medizinischen Autoritäten erstattet worden war, und ferner ist zu berücksichtigen, daß zwei Ärzte seines Vertrauens ihm erklärt hatten, sie versprächen sich keinen Erfolg von der in Aussicht genommenen Behandlung. Unter diesen Umständen war die Weigerung des Unfallverletzten, der Weisung der Berufsgenossenschaft Folge zu geben, durchaus erklärlich, und es lag für ihn ein triftiger Grund vor, der fraglichen Anordnung keine Folge zu leisten. Zu einer Entziehung der Rente hatte die Berufsgenossenschaft im vorliegenden Falle also kein Recht.

Arbeiterbewegung. Zum Lohnkampfe der thüringisch-sächsi- schen Weber ist zu berichten, daß die Massenkündigung in den Ver- bandswebereien am 14. d. M. erfolgt ist. Die Webereibesitzer for- derten, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen dem von ihnen vor- geschlagenen Lohnarif unterwerfen sollten. Das geschah nicht. Annähernd 1000 Weber und Weberinnen in den vier größten Webereien kündigten am 7. d. M. ihre Stellung. Da erklärten sich die übrigen Fabrikanten mit den vier von der Kündigung Betroffenen solidarisch und kündigten allen Arbeitern. Hartnäckig weigerten sich die Webereibesitzer, über den angebotenen Lohnarif weitere Zugestän- dnisse zu machen. Hat sich doch der Vorsitzende der Ortsgruppe Gera des Webereiverbandes, Herr Kommerzienrath Rudelschel, gegen die Veröffentlichung des Lohnarifis ausgesprochen, „weil die Bewilligungen seiner Ortsgruppe keine hohen seien“. Bis zum 27. d. Mts. haben beide Parteien noch Zeit, sich über die trennenden Punkte zu einigen. Die Arbeiter sind gewillt, bei annehmbaren Zugeständnissen den vorgeschlagenen Tarif anzuerkennen. — Hohe Wellen schlägt gleichfalls die Textilarbeiterbewegung in Leipzig. In mehreren Versammlung wurden die Arbeitsverhältnisse erörtert und ist die Arbeiterschaft gewillt, bei Anbruch des neuen Jahres mit Lohnforderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. — Die Textilarbeiter in Aachen haben bereits vor längerer Zeit einen Lohnarif an die Fabrikanten gerichtet. Jetzt ist ihnen mitgetheilt worden, daß der Tarif für die Unternehmer „undiskutierbar“ sei, auch sei ein einheitlicher Lohnarif für die Aachener Webereien undurch- führbar. Die Unternehmer sind aber bereit, vor dem Schiedsgericht für die Textilindustrie zu verhandeln. — In Reichenbach (Schlesien) ist der Streik der Weber nach fünfwöchentlicher Dauer am 14. d. M. beendet worden. Die Arbeiter nahmen den von den Fabrikanten an- gebotenen Lohnarif an. — Die Lohnbewegung der Holzarbeiter in Düsseldorf ist ohne Erfolg für die Arbeiter nach mehr als drei- monatlicher Dauer beendet worden. — In Berlin befinden sich gegenwärtig über 700 Weißgerber, Färber und Lederarbeiter in Ausstand. — Eine neue Metallarbeiteraussperrung ist in Bielefeld ausgebrochen. In Folge eines Streiks in der Fabrik Dürtopp & Comp. haben die Bielefelder Fabrikanten erklärt, die Schließung sämtlicher Nähmaschinenabtheilungen für den 21. Ok- tober anordnen zu wollen, wenn bis dahin der Streik nicht be- endet sei.

Neder den sozialdemokratischen Parteitag in Jena hat jetzt auch der Kapitalkwächter des „wissenschaftlichen“ Sozialismus, K. Kautsky, die Feder ergriffen. In der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ lobt er die nach seiner Meinung erhebend und begeisternd gewesenen Verhand- lungen über den grünen Klee hinaus. Besonders erbaud ist er über die glückliche Beilegung des „Literatenkrebels“. Belanntlich hat man es vorgezogen, die streitenden Parteien, nämlich die „Leipziger Volkszeitung“ des Herrn Wehring und den Vorwärtsredakteur Eisner vor ein geheimes Fehngericht zu laden, um hinter verschlossenen Thüren zu beraten. Das Produkt dieser geheimen Fehme war eine Resolution, worin gefordert wurde, daß „kritische Untersuchungen des Parteiprogramms thunlichst in die „Neue Zeit“ zu verlegen sind“. Zu diesem Zwecke soll dieselbe entsprechend erweitert werden. Man sprach auch die Hoffnung aus, Genosse Kautsky möge gegenheilige Meinungen leichter ertragen. Das scheint ihm nicht zu passen, denn er schreibt, „ich glaube nicht, in dem Wunsche eine Aufforderung

sehen zu müssen, als Redakteur weniger streng zu sein. Natür- lich muß die Strenge sich nach den Umständen richten. Theoretikern gegenüber halte ich größte Strenge für geboten. Wenn sie nicht die Theorie beherrschen, hat ihre Thätigkeit keinen Zweck für uns, kann sie nur verwirrend wirken.“ Die Debatte über die Weisener und die Generallstreiffrage erfüllen Kautsky mit großer Befriedigung. „Und das nicht wegen der Energie, mit der die Angriffe auf die Theoretiker zurückgewiesen wurden, sondern auch noch mehr deswegen, weil sie deutlich zeigte, daß man sich in der Partei ganz klar ist über die Gefahren, die dem proletarischen Emanzipationskampfe drohen, wenn die Tendenzen sich konsequent weiter entwickeln, die in Köln (auf dem Gewerkschaftskongreß) zu Tage getreten sind.“ Man hat es absichtlich vermieden, bei der Berathung über den Generallstreik die Form festzusetzen. „Die betreffende Resolution“, so führt Kautsky aus, „sagt nichts darüber, in welcher Weise und unter welchen Be- dingungen diese Waffe anzuwenden sei, und auch in seinem Referat bemerkte Bebel nichts darüber. Mir erscheint diese Beschränkung sehr zweckmäßig. Hätte sich Bebel in seinem Referat auf diese Frage eingelassen, so wäre die Debatte ins Unerloste verlaufen.“ Man beschließt den Generallstreik, weiß aber nicht, wie man ihn anfangen und durchführen soll. Das ist echt „zielbewußt“!

Wilhelm Petersdorff. †

Ein alter, treuer Gewerkschafter hat für immer seine Augen geschlossen. Der langjährige Verbandskontrolleur und Geschäftsführer der I. Kommission des Centralraths, Kollege Wilhelm Petersdorff, ist am 12. Oktober, Abends 11 Uhr, in Berlin gestorben. Viele Jahre war er krank, aber seine Energie ließ ihn nicht ruhen, seinen Dienst mit gewissenhafter Pünktlichkeit zu versehen. Seit mehr als Jahresfrist wollte es aber nicht mehr gehen, so daß er mit der ihm vom Ver- bandsrat gewährten Pension in den Ruhestand trat. Dieser wohlverdienten Ruhe sollte er sich nicht allzulange mehr er- freuen, sein tuberkulöses Leiden nahm zusehends einen rascheren Verlauf. Als aber unser Verbandsanwalt zur letzten Ruhe gebracht wurde, da ließ der treue Mitkämpfer, der selbst bereits den Tod in seinem Antlitz trug, es sich nicht nehmen, mit hinaus zu ziehen, um dem Begräbner und Führer der Deutschen Gewerkschafter die letzten Ehren zu erweisen.

Am Sonntag ist nun auch er der Erde zurückgegeben worden. Zahlreich war die Beilegung an diesem Begängnis, und der Centralrath ließ durch die Kollegen aus dem Verbands- bureau einen Kranz auf den Hügel niederlegen, darunter aus- ruhet, was sterblich war an Wilhelm Petersdorff.

Der im 61. Jahre stehende Verbliebene hinterläßt zwei verheiratete Söhne und drei verheiratete Töchter. Die beiden Söhne wie auch die drei Schwiegertöchter gehören unserer Organisation an, sodas der Geist Wilhelm Petersdorff in seinen Kindern lebendig bleibt. Auch uns und allen Verbands- genossen wird sein Andenken unbergänglich sein!

Friede seiner Asche!

Gewerkschafts-Beil.

Gransschütz. Sonntag, 8. Oktober cr., fand die dritte ordentliche Versammlung des Ortsverbandes Gransschütz und Umgegend im Gasthose des Herrn Herr in Gransschütz statt. Anwesend waren Vertreter von Gransschütz, Neilschütz, Webau und Kölsch. Der Vorsitzende eröffnete Nachm. 3 1/2 Uhr die Versammlung, hieß alle Anwesende herzlich willkommen und begrüßte die Herren Lechner und Köger, welche von der Redaktion der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ aus Weiskensfeld erschienen waren, sowie Kollegen Hendrich vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Nach Bekanntgabe der reichhaltigen Tagesordnung wurde vom Schriftführer das Protokoll verlesen. Herr Redakteur Lechner rechtfertigte sich gegen einen Vorwurf, der ihm auf dem Delegiertentag des Ausbreitungsverbandes gemacht und von dem Schriftführer in der letzten Versammlung einer Kritik unterzogen wurde. Ueber Arbeiterfrage und Alkoholismus referirte der Vorsitzende Kollege Wille. Derselbe entlegte sich seiner Auf- gabe in der denkbar besten Weise. Er führte ungefähr folgendes aus: Diejenigen Menschen, welche gewohnheitsmäßig größere Mengen Alkohol zu sich nehmen, werden Trinker genannt. Die Trinker werden nach und nach durch den Alkohol geistig wie körperlich ruiniert. Nicht nur der Trinker allein, sondern die ganze Familie wird dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Anders verhält es sich mit den Gelegenheitsrinkern. Bei verschiedenen Festlichkeiten genießt der Mensch kleinere oder größere Mengen Bier oder Spirituosen. Aber nicht nur allein die Spirituosen, sondern auch das Bier ist schädlich. Daselbe in reichlichen Mengen auf einmal genossen, hat schon in vielen Fällen innerliche Krankheiten hervorgerufen. Der Alkohol wird in den feinsten Blutadern durch unsern Körper geführt, und können dadurch Zählungen der inneren edlen Theile, ja sogar der Tod herbeigeführt werden. Vornehmlich ist es das Gehirn, welches dadurch sehr in Mitleidenschaft ge- zogen wird. Durch den vielen Alkohol wird eine Nervenschwächung hervor- gerufen und der Mensch wird in seinem Denken beeinträchtigt. Er verliert

die Lust zur Arbeit, hat keine Liebe zur Familie, und findet nur noch einen Genuß in der Leidenschaft des Trinken. Vor allen Dingen muß der Arbeiter danach trachten, den Alkohol von der Arbeitsstätte zu verbannen; denn ein betrunkenen Arbeiter wird sich niemals die Achtung vor seinem Arbeitgeber oder Nichtarbeitern erringen, während der nüchterne Arbeiter sich das Wohlwollen seines Arbeitgebers sichern kann. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion erklärte sich Herr Höger mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und bittet die Anwesenden, auch danach zu handeln. Hauptächlich darf den Kindern kein Alkohol verabreicht werden, denn Alkohol ist für die Kinder Gift. Viel wird noch von den Eltern an den Kindern gefündigt, die ihnen Alkohol verabreichen. Der Schriftführer las noch einen passenden Prolog vor, welcher beifällig aufgenommen wurde. Von einigen Genossen wurde der Unjug des Alkoholgenußes in den fließenden Provinzen einer berechtigten Kritik unterzogen. Danach kam der Referent im Schlußwort noch auf die Antialkoholbewegung in England zu sprechen. Wenn wir uns nur des mäßigen Alkoholgenußes hingeben, so werden wir auch keinen Anstoß an der Weisheit erleben.

Über unsere Presse sprach hierauf Herr Redakteur Lechner-Weigensfeld. Unser Verbandsorgan, welches von Berlin aus so vortrefflich redigiert wird, ist bei einem einmaligen Erscheinen in der Woche, nicht in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden. Daher ist es notwendig, eine Presse zu schaffen, welche täglich erscheint, um alle Angriffe auf die Gewerkschaften sofort abzuwehren. Zwar ist es nicht leicht, eine täglich erscheinende Zeitung zu gründen. Denn so ein Unternehmen kostet Geld und immer wieder Geld. Daher ist es mit Freuden zu begrüßen, daß sich die Redaktion der „Weißener Zeitung“ erboten hat, eine täglich erscheinende Zeitung im Interesse des Gewerkschafts herauszugeben. Wir brauchen nur zuzugreifen und das Unternehmen kräftig zu unterstützen, damit uns die günstige Gelegenheit nicht wieder verloren geht. Vorläufig erscheint dieselbe noch zwei Mal wöchentlich, zum Preise von 85 Pfa. monatlich; dagegen vom 1. Januar 1906 ab täglich zum Preise von 50 Pfa. monatlich unter dem Titel „Mitteldeutsche Volkszeitung“. Es entspann sich eine rege Debatte darüber. Alle Redner waren der Meinung, daß uns eine täglich erscheinende Zeitung schon lange gefehlt hat, und versichern, daß sie eine rege Agitation für die Zeitung entwickeln werden. Auf eine umgehende Liste zeigten sofort mehrere Abonnenten. Bei Besprechung der inneren Agitation bemerkte der Vorsitzende, daß er einmal den Versuch machen wollte, in Granitzsch einen Ortsverein der Frauen und Mädchen zu gründen. Derselbe fand lobende Zustimmung und mehrere Kollegen sicherten ihm tatkräftige Unterstützung zu. Ferner wurde noch beschlossen, die Ortsvereine Jorbau, Selau und Muschwitz für unseren Ortsverband zu gewinnen. Einen weiteren Vortrag über die Fleischnot und ihre Folgen hielt der Schriftführer Kollege Waldenburger. In kurzen Worten legte er den Anwesenden die jetzige Fleischnot mit ihren Folgen auseinander und betonte, daß, wenn die Grenzen für ausländisches Schlachtvieh nicht sofort geöffnet werden, eine Milderung der Not überhaupt nicht zu erwarten ist. Denn ungezügelter Wale ist durch die Staatsfütten — amtliche wie freiwillige — nachgezogen worden, daß die deutsche Landwirtschaft, nicht erst jetzt, sondern schon seit einer Reihe von Jahren, nicht mehr im Stande ist, das zu erzeugen, was zur Volksernährung notwendig ist. Dabei die Grenzen auf. Eine dahinlautende Resolution fand nach längerer Diskussion einstimmige Annahme. Es folgte eine Besprechung über die Gründung eines Disz. Futurklubs. Vom Vorsitzenden und Schriftführer wurden den Anwesenden die Beweggründe zur Gründung eines Disz. Futurklubs vorgelegt und betont, daß den Disz. Futurklubs mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Nur durch belebende Vorträge und darauffolgende Diskussion können wir uns selbst heranbilden. Herr Redakteur Lechner gab den Verlauf der Disz. Futurklubs in Weisenseh bekannt. Kollege Wendrich sprach über den Disz. Futurklub in Halle. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme und wurde der Aufsatz freigelegt, bis zur nächsten Tagung das Nähere noch zu veranlassen. Zum Schluß dankte der Vorsitzende noch den Herren Redner und Höger für ihr Erscheinen und für ihre kräftige Unterstützung, worauf die lehrreiche und gut verlaufene Versammlung geschlossen wurde.

Karl Waldenburger, Schriftführer.

§ Düsseldorf. Schon lange hatte sich hier der Mangel an einem geeigneten Lokale, wo die Gewerkschaften sich heimlich fühlen konnten, bemerkbar gemacht. Die einzelnen Ortsvereine waren betriebs ihrer Versammlungslokalen sehr verstreut gelegen, kein Lokal war so recht geeignet, daß man sagen hätte können, dies ist ein Vertretungslokal unserer Gewerkschaftskollegen. Diesem Mangel wird am 1. November abgeholfen. Seitens des Ortsverbandes wurde das jetzige Restaurant „Rheinland“ Zimmermannstraße 41, auf mehrere Jahre gemietet. In dem „Verbandshaus“, wie das Restaurant in Zukunft genannt wird, werden auch die Bureaus des Arbeitersekretariats des Gewerkschaftsverbandes Maschinenbau- und Metallarbeiter und des Ab.-Westf. Ausbreitungsverbandes untergebracht. Außer dem Tagesrestaurant sind 2 Besprechungszimmer und 1 großer Saal vorhanden. Für Logierzwecke werden 8 Zimmer mit 12 Betten in vier verschiedenen Preislagen referiert, hierbei sind die durchreisenden Kollegen besonders berücksichtigt. Die Verwaltung des Wirtschaftsräume ist dem Kollegen D. Sinnestroh, Mitglied des Ortsvereins der graphischen Berufe, als Deponom übertragen worden. Hoffen wir, daß jeder Kollege das neue Unternehmen, nach Kräften unterstützt, es wird dies dazu beitragen, innerhalb unseres Ortsverbandes ein noch festeres Zusammenhalten herbeizuführen, um unseren vielen Gegnern am Orte jeder Zeit wirksam entgegen treten zu können. Aber auch die auswärtigen Kollegen werden, wenn sie einmal nach Düsseldorf kommen, eine Stätte finden, wo sie sich als Gewerkschaftskollegen heimlich fühlen. Das Verbandshaus liegt in direkter Nähe des Hauptbahnhofes. Wir wünschen dem Unternehmen das beste Gedeihen.

§ Scheibenberg. (Oberreg. Ortsverband.) Am 8. Oktober fand im Rathshaus in Eiterlein die 5. vorchriftsmäßig einberufene Ortsverbandesversammlung statt. Dieselbe war in Anbetracht der ungünstigen Witterung sehr gut besucht. Nach Erledigung des geschäftlichen Theils erhielt Kollege Brädelein-Granaß das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Entwicklung der Deutschen Gewerkschaften.“ Derselbe schildert die Entstehung des Gewerkschaftsunter gleichzeitiger Schilderung der damals herausgegebenen Musterstatuten, welche im allgemeinen auch jetzt ihre Gültigkeit noch haben, ein Beweis für die gründliche Durcharbeitung der-

selben. Weiter betonte er, daß die Deutschen Gewerkschaften nach englischem Muster auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhen, welches hauptsächlich den großen Volksmännern Max Hirsch und Franz Dunder zu verdanken sei. Dem Redner wurde am Schluß seiner Ausführungen lebhafter Beifall zu theil. In der darauffolgenden Diskussion ergänzte Kollege Kubach die vorhergegangenen Ausführungen auf das wirksamste. Auch dieser Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. An der weiteren Debatte theilnahmen sich noch die Kollegen Krenning, Brädelein und Grunewald, ersterer erklärte noch die Vorgesichte der Arbeiterbewegung, bevor es vom Junf- und Innungswesen zu Organisationen kam und letzterer sprach über die in der Diskussion mitangeschnittene Invalidenversicherung. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, daß die nächste in Kunaberg stattfindende Versammlung recht zahlreich besucht sein möge.

D. Weigel, Ortsverbandsschriftführer.

Verbands-Zeitung.

(Sammlung)
für die ausgesperrten Arbeiter der Elektrizitäts-Industrie
Berlins und Umgegend.

- Bauhändler:** Spandau 10,00, Berlin 3,00, Posen 10,00.
Bergarbeiter: Zabrze 5,00, Altkam 4,50, **Waldhauer:** Zeitz 2,10, Göln II 15,00. **Cigarren- und Tabakarbeiter:** Hinterwalde 10,05.
Fabrik- und Handarbeiter: Berlin VII 7,50, Spandau 12,40, Demmin 3,00, Sprottau 5,05, Görlitz 4,00, Charlottenburg 6,10, Lechhausen 5,00, Alt-Bliesau 8,50, Liegnitz 12,55. **Graphische Berufe:** Berlin II 6,55, Berlin I 5,90, Raumburg 3,00, Hagen 1,50, Halle 10,00. **Kaufleute:** Ober-Schöneweide 20,00, Berlin IV 10,00, Gelsenkirchen 2,15, Berlin VIII 20,05, Berlin XI 3,90, Berlin X 2,65. **Kontrollanten:** Berlin II 23,40, Leipzig 5,40, Berlin II (2. Rate) 21,70, Cafes- u. Konfektfabrik A. F. Schirber Berlin 12,85. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Potsdam 12,00, Altona 6,00, Ober-Schöneweide 106,00, Altenburg 5,00, Halle I 10,00, Bunzlau 10,00, Eichrodt 4,00, Drtrand 15,00, Berlin II (Pinsch) 8,00, Berlin II (Pielert) 24,65, Berlin VII (Kergel) 23,75, Berlin IX 21,55, Berlin IX (Klume) 6,50, Jüttau 5,00, Schweidnitz 5,00, Berlin I (Reihöfer) 52,75, Zehdenitz 8,80, Leipzig III 15,00, Gulau 30,00, Bernburg 5,00, Rauban 10,00, Bergedorf 5,00, Sorau 10,00, Scheibenberg 6,25, Nürnberg 22,00, Waldborf 10,00, Gauenburg 7,35, Weidbriden 10,00, Ditterdingen 20,00, Gnesen 10,05, Saalfeld 3,00, Brenzlau 10,70, Berlin VI (Kuhmann) 6,85, Scheußitz 4,90, Johannisthal 38,25, Barth 5,50, Zschandorf 6,00, Friedrichsberg 34,20, Berlin X 25,80, Reinickendorf 5,00, Reinickendorf, gesammelt b. Borzig 78,25, Friedrichshagen 13,45, Berlin VII 13,25, Ober-Schöneweide (König) 20,90, München 4,30, Bruchhausen II 5,00, Regal 40,50, Düsseldorf-Oberbilk 30,00, Dirschau 9,50, Schmiedeb. 15,00, Danzig II 10,00, Kösnitz 5,00, Berlin I (Rahbus) 7,50, Lueblinden 10,00, Leipzig I 20,00, Berlin II (Reich) 5,80, Saara 5,00, Berlin (Mit) 5,35, Dillig 16,00, Berlin V 62,30, Mülheim (Rhein) 19,00, Erfurt 25,00, Berlin IV (Strgung) 3,65, Berlin IV (Matthes) 34,40, Berlin IV (Matthes) 4,65, Berlin I (Behrend) 12,00, Berlin I (Rehwalb) 25,50, Berlin I (Wilhelm) 13,45, Berlin XI 10,00, Bitterfeld 10, Güttrin 11,00, Danzig 6,40, Düsseldorf IV 11,55, Grembsdorf 30,00, Reufals 32,85, Radensberg 3,00, Rirdorf 29,65, Schwerte 10,00, Striegau 10,00, Regal (E. Stranz) 11,20, Betriebswerkstatt Hochbahn 36,65, Gef. b. Firma Roske & Co., Charlottenburg 3,25, Berlin VII (B. Kaufste) 32,40, Gafche-Berlin gef. b. einem Vergnügen 17,90, Gafche-Berlin gef. b. James Gutmann 19,00, Vertrauensleute Borzig-Regal 105,00, Gr. Berl. Straßenbahn (Unterbau) 49,30, gef. b. Holmann & Co., Rirdorf 8,00, Mabel-Berlin (gesammelt) 54,10, Königs-Wusterhausen 40,70. **Schneider:** Berlin IV 2,45, Herford 16,20, Cottbus 2,00, Berlin V 9,80, Berlin II (Marten) 4,55, Berlin III 13,05. **Schuhmacher:** Weisenseh 30,00, Gagnau 10,00. **Stahlarbeiter:** Selb I, Bapern 5,00, Gera 6,00, Leipzig-Plagwitz 3,40, Spremberg 10,00, Sommerfeld 2,50. **Tischler:** Charlottenburg 7,00, Nürnberg (Büttner) 10,00, Weisenseh 10,65, Ansbach 5,00, Göggingen 8,25, Leipzig-Ost 4,00, Preßlau 14,40, Berlin VII (Robellstischer Firma Grob) 10,00. **Ortsverbände:** Krefeld 10,00, Scheibenberg 2,50, Leopoldshall-Staßfurt 10,00, Leipzig 57,65, Magdeburg, Versammlung 31,20, Liegnitz 30,00, Aue i. E. 6,10, Mainz 3,75. **Disz. Futurklubs:** Steffin 2,50, Naden 10,00. **Private:** Galline 25,00, Bilsfel-Berlin 13,45, Baarenhaus Biber, Ober-Schöneweide 10,00, Fördterberg-Gr. Richterfelde 5,00, R. Hinte-Berlin 12,75, Stetnberg-Beierfeld 1,40. **Summa 2269,40 M.**

Berlin, den 16. Oktober 1905.

R. Klein, Verbandskassier.

*) Gelder sind nur zu senden an Verbandskassier Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/228.

Versammlungen.

Berlin. Disz. Futurklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Stgung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbause der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstraße 221/228. Gäste stets willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.).** Jeden Donnerstag, Abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonabend, 21. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Ortsversammlung, Regulatorporto, Werkstattangelegenheiten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Fruchtstraße 36a. E.-D.: Monatsbericht. Bericht von der kombinierten Ausschüßung. Erhöhung des Sozialbeitrages. Unterstützungsgeßuß. Vortrag des Kollegen Dornblüh: „Aussperrungen und ihre Verren“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Deuer, Teltowstr. 8. E.-D.: Monatsbericht. Bericht der Kombinierten. Sozialfonds. Werkstattangelegenheiten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr, Eriststr. 41. E.-D.: Monatsbericht. Regulatorporto und Vortrag. Damen sind herzlich willkommen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Gütig, Staligerstr. 82/83, E.-D.: Protokoll. Vortrag

Verständigungsangelegenheiten. Verschiedenes. — **Maschinenbau: u. Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Bluge, Wilsenstr. 58. Wahl zweier Bibliothekare. — **Alempner und Metallarbeiter V.** Ab. 9 Uhr bei Hedwig, Einienstr. 72. — **Graph, Verufe und Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Neue Grünstr. 28. L. D.: Generalratsprotokoll. Verloosung der Bücher. Prämien. Hilfskasse. — **Fabrik- und Handarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Hrebe, Hülfsenstr. 34. L. D. das. — **Fabrik- und Handarbeiter V. Sonntag, 22. Oktober, Nachm. 4 Uhr** bei Kraus, Dunderstr. 8. L. D.: Verlesung der Protokolle. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Verhandlungsleiters Gleichauf über: „Gewerksvereine und Politik“. Nachdem innere Vereinsangelegenheiten. — **Fabrik- und Handarbeiter VIII.** Sonntag, 22. Oktober, Nachm. 4 Uhr bei A. Kaufeld, Martusstr. 47, mit Damen. L. D.: Protokolle. Vortrag. Geschäftliches.

Friedrichsberg. Maschinenbau: u. Metallarbeiter. Sonnabend, 21. Oktober, Ab. 8 1/2 Uhr bei Bischof, Frankfurter Allee 165. Vortrag des Kollegen Gleichauf. Verschiedenes. — **Hildorf. Alempner u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 21. Oktober, Ab. 8 1/2 Uhr bei Gröpler, Bergstr. 147. — **Klassenbach. Stuhl- (Textil-) Arbeiter.** Sonntag, 22. Oktober, Nachm. 3 Uhr in Schürich's Restaurant Monatsvers. Vortrag des Herrn E. Reichel-Chemnitz. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. — **Gera. Graph, Verufe u. Maler.** Sonnabend, 28. Oktober, Ab. 8 1/2 Uhr im „Burakeller“. — **Hannover. Fabrik- u. Handarbeiter.** Sonnabend, 28. Oktober, Ab. 9 Uhr in Wiedbrau's Hotel.

Orts- und Medizinalverbände.

Magdeburg. Sonnabend, 21. Oktober, Ab. 9 Uhr Kranken- und Hilfskassen-Versammlung im Lokal der „Vierjahreszeiten“, Kaiser- und Münzstraßen-Ecke. — **Brandenburg a. H. (Ortsverband).** Sonntag, 22. Oktober, Nachm. 3 Uhr Ortsverbandsvers. im „Einsium“. — **R.-Gladbach, Rheyt u. Umg. (Ortsverband).** Sonntag, 22. Oktober, Nachm. 4 Uhr Vertreterversammlung. Darauf Ortsverbandsvers. im Lokal von Herrmann in Neuwert-Engelbleck. L. D.: Vortrag des Kollegen Gärtner-Kendel über: „Die Aussperrung in diesem Sommer und was lernen wir hieraus?“ Verschiedenes. — **Moers (Ortsverband).** Sonntag, 29. Oktober, Nachm. 4 1/2 Uhr im Vereinslokal. — **Oberhausen u. Umgeg. (Ortsverband).** Sonntag, 29. Oktober, Nachm. 4 Uhr im Lokale de Böel, Oberhausen, Stöckmannstr., Vorstandssitzung. Um 5 Uhr kombinierte Ausschußsitzung der Ortsvereine. L. D.: Vortrag: „Was muß geschehen, um eine größere Tätigkeit in der Agitation zu entfalten?“ — **Stettin (Disfunktionsklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend).** Jeden Donnerstags, Ab. 8 1/2 bis 10 1/4 Uhr, Sitzung bei Brauer, Stettin, Vulkanstr. 22. (Gäste stets willkommen.)

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Nachen (Ortsverband). Josef Kleinen, Vorsitzender, Rote Erde bei Nachen, Scholler, Sekretär, Nachen, Poststr. 127.
Elberfeld-Narmer (Ortsverband). Wilhelm Seifried, Vorsitzender, Elberfeld, Gesundheitsstr. 74.
Leipzig-West (Ortsverband). Wilh. Rieger, Vorsitzender, Leipzig-Lindenau, Parkstr. 40 III. I. Julius Harguth, Schriftführer, Leipzig-Lindenau, Marktstr. 9 III. r. Curt Rißsche, Kassierer, Leipzig-Plagwitz, Ernst Meyerstr. 16 IV.
Stettin-Grabow (Gewerks. d. Schiffszimmerer). S. Hinz, Hauptgeschäftsführer, Sieghereitstr. 40a.
Neusalz a. Oder (Fabrik- und Handarbeiter). Hugo Renner, Kassierer, Kirchhofstr. 10.

Literatur.

Nachdem es der Reichsregierung gelungen ist, nach vielem Handeln und Feilschen auf Grund des neuen Zolltarifgesetzes Handelsverträge mit den wichtigsten Kulturstaaten abzuschließen, rückt jetzt die Zeit heran, auch die handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika neu zu regeln. Die Lösung dieser Aufgabe behandelt eine soeben erschienene, höchst beachtenswerte Schrift, welche vom Verein zur Förderung der Handelsfreiheit veröffentlicht wird. Die Broschüre führt den Titel: „Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag und das Phantom der amerikanischen Industriefürer“ und hat Herrn Professor Dr. Heinrich Diegel-Vonn zum Verfasser. (Verlag von Leonhard Simion Nachf., Berlin, Preis 1 Mark.) In ausführlichen Darlegungen und leicht verständlich führt der Verfasser den Leser in die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten ein. Die Stellung Amerikas im Weltverkehr, insbesondere die Beziehungen Deutschlands zu demselben werden eingehend geschildert. Da Deutschland einen großen Export an Fertigfabrikaten nach Amerika aufweist, erwacht unserer Industrie eine neue Sorge um den Absatz ihrer Produkte. In vielen Rohstoffen, besonders Baumwolle, Kupfer, Holz u. A. ist unsere Industrie auf Amerika angewiesen; bezugleich haben wir eine starke Einfuhr von Lebensmitteln, wie Fleisch und Weizen zu verzeichnen. Um die Stellung, welche die Deutsche Regierung bei Wahrnehmung unserer Interessen gegenüber Amerika in dieser Frage einzunehmen hat, genau kennen zu lernen, können wir keine bessere Schrift empfehlen, als die oben erwähnte. Uebrigens haben alle Schriften des Professors Diegel den großen Vorzug, daß sie trotz des behandelnden wissenschaftlichen Stoffes volkstümlich geschrieben sind und von Jedem, ob Arbeiter oder Akademiker, gern gelesen werden.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Technikum Hildburghausen
Höherer Maschinenbau- und Elektrotechnikerschule,
Handwerk- und Tiefbauschule.
— Programm frei. —

Erreicht haben wir ein wirklich tadelloser, unter Garantie funktionierendes neu verbessertes
Christbaum-Geläut
zu dem billigen Preise von nur Mk. 1.00, Porto 20 Pfg. extra. Dieses Geläut ersetzt jegliche Spitze und ist dasselbe, weil es aus vierfarbigen Metallen geliefert wird, ein wirklicher Pracht schmuck jedes Weihnachtsbaumes. Sobald nun die Kerzen anzündet werden, setzt sich das Rad in Bewegung und die hieran befindlichen Perlen schlagen alsdann gegen die Glocken an und nun hört man ein herrliches Weihnachtsgeläute, welches Veranlassung zu einer richtigen Weihnachtsstimmung gibt. Fast in keinem Christbaum wird wohl ein solch herrliches Geläute fehlen. Da doch der Preis ein sehr geringer ist, decken sie Ihren Bedarf in eigener Interesse jetzt schon, da im vorigen Jahre Tausende nicht geliefert werden konnten wegen zu starker Nachfrage. Auch wenn dieses Instrument auf den Ofen gestellt wird, entsteht ein harmonisches Glockengeläute. (Hildburghausenweisung liegt jedem Geläute bei.) Katalog versenden wir gratis und franko über Neuheiten in Christbaum schmuck, Spielwaren, Stahlwaren, Wäffen, Humilien etc. 441 bei
GEBRÜDER BELL, Fabrik-Ver sandgeschäft, Gräfrath Solingen.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O., Greifswaldstr. 221/23.
Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prachtige Festsäle, große Restauration mit vorzüglicher Küche, schöner Sommergarten, vier Regelsbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Sommernachtsbällen, Sommerfesten, Familien-Kaffeelocher u. s. w. allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundschaftlich ein
Carl Berndt, Dekonom.
N.B. Die Festsäle stehen auch an Sonnabenden und Sonntagen den berechtigten Ortsvereinen zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten zur gest. Verfügung.

Der Gewerksverein
Jahrgang 1904
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
... 3,50, sonst 6 Mark ...
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswaldstr. 221/23.
Selbstbindungen nur an Verbandskassierer
H. Klein,
Berlin N.O., Greifswaldstr. 221/23.

Ortsverband Apolda. Zu unserer am Sonnabend, den 28. Oktober im Krystallpalast stattfindenden Stiftungsfest, bestehend in Abendunterhaltung und Ball, laden wir alle werthen Verbandsgenossen, besonders auch von Jena, Weimar und Stadtfulda, mit der Bitte um zahlreiche Teilnahme, freundschaftlich ein.
Der Ausschuß.
Apolda (Ortsverband). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Karten beim Verbandskassierer Max Mann, Mühlstr. 42.
Hamm (Ortsverband). Arbeitsnachweis beim Ortsverbandsvorsitzenden Heinrich Koch, Hamm, Heßler Nr. 7. Durchreisende Mitglieder können ihre Unterbringung dajelbst in Empfang nehmen.
Eyrottau-Galan (Ortsverband). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Karten beim Verbandskassierer Max Mann, Mühlstr. 11.
Gera (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten bei Emil Lebner, Reustadt 80.